



Friedenskreis Castrop-Rauxel

www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de

August 2007

Hiroshima, 6.August 1945; Nagasaki, 9.August 1945:



Atomwaffen abschaffen bis 2020

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Jedes Jahr gedenkt man in Japan am 6. und 9. August der ersten Atombombenabwürfe über den Städten Hiroshima und Nagasaki durch die Luftwaffe der USA. 140.000 Todesopfer waren zu beklagen, und 91.000 Verletzte. Hunderttausende Menschen hatten unter den Langzeitfolgen der atomaren Verstrahlung zu leiden. Die Städte waren durch die Hitze von über 1.000 Grad, eine enorme Druckwelle und Feuerstürme von 250 km/h Geschwindigkeit zu nichts verbrannt und aufgelöst.

37 Jahre Atomwaffensperrvertrag...

Im Jahre 1970 beschlossen die fünf Atom-mächte USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China aus Einsicht in ihre Fähigkeit, die gesamte Menschheit mehrfach zu vernichten, den Atomwaffensperrvertrag. In ihm bekräftigten sie, ihr Wettrüsten zu beenden, ihr technisches Wissen nicht weiterzugeben und ihre

Atomwaffenarsenale vollständig abzu-schaffen. Dabei wird die zivile Nutzung der Atomenergie in diesem Vertrag ausdrücklich gestattet.

...aber die Gefahr ist so groß wie nie

Wo aber der politische Wille fehlt, sind Verträge nutzlos. Weltweit lagern immer noch 26.000 Atomwaffen in den Waffenarsenalen, 5.000 von ihnen sofort einsatzbereit. Aus den fünf Atommächten sind mit Indien, Pakistan, Nord-Korea und Israel neun geworden, wobei Israel, Indien und Pakistan den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Von Abrüstung keine Spur: Unter Missachtung der selbstgesetzten Verpflichtungen modernisieren die USA, Großbritannien, Frankreich und Russland ihre Atomarsenale. In seinem Drang zur Vorherrschaft droht US-Präsident Bush mit dem präventiven Einsatz von Atombomben auch gegen Nicht-Atomwaffen-Staaten.

Die Politik der USA erhöht die Gefahr

Die Politik der USA, die Länder je nach ihren Rohstoffvorkommen und ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Gute und Böse einteilt und willkürlich den einen Atomrüstung liefert (Israel, Indien, Pakistan) und anderen die zivile Nutzung bei Kriegsandrohung verbieten will (Iran), erhöht die Gefahr, dass bedrängte Staaten sich die westliche Sicherheitsstrategie zu eigen machen und ebenfalls nach Atomwaffen streben. Iraker sagen nicht unbegründet, dass Saddam Hussein niemals angegriffen worden wäre, wenn er die behaupteten Atombomben tatsächlich gehabt hätte.

Deutsche Tornado-Piloten üben den Atombombenabwurf

Die Bundesrepublik hat mit ihrem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag 1975 ausdrücklich auf Herstellung, Lagerung und Verwendung von Atomwaffen verzichtet. Dessen ungeachtet stehen die deutschen Regierungen aber bis heute hinter der NATO-Doktrin, dass zu einer glaubhaften Abschreckung potentieller Angreifer auch die Drohung mit Atomwaffen gehört. So lagerten bis vor kurzem 130 Atomsprengköpfe im US-Armeestützpunkt Ramstein. Im Rahmen der sogenannten "nuklearen Teilhabe" liegen noch weitere 20 Atombomben der USA in Büchel in der Pfalz. Im Falle eines von den USA oder der NATO beschlossenen Angriffs würden deutsche Tornado-Piloten sie zum Abwurf bringen, ein klarer und skandalöser Verstoß gegen die eingegangenen Verpflichtungen. Solange Deutschland selbst nicht atomwaffenfrei ist, kann es von anderen Ländern nicht glaubwürdig Verzicht und Abrüstung fordern.

Wir fordern von Bundesregierung und Bundestag:

- die Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen aufzukündigen,
- die USA zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland aufzufordern,
- den Verzicht auf Atombewaffnung im Grundgesetz festzuschreiben.

Bürgermeister für den Frieden



Bürgermeister Johannes Beisenherz hat sich 2005 den "Bürgermeistern für den Frieden" angeschlossen. Er ist damit einer der 1.550

Bürgermeister aus 120 Ländern, die die "Vision 2020" verwirklichen wollen, nämlich bis zum Jahr 2020 die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen zu erreichen. Der Zeitpunkt ist realistisch gewählt, weil bis dahin rein technisch die Beseitigung der 26.000 Atombomben zu schaffen wäre. Die "Bürgermeister für den Frieden", 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima gegründet, betonen ihre besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Städte vor Massenvernichtungswaffen. Bis 2010 wollen sie ein Rahmenabkommen vorlegen, nach dem die vollständige Beseitigung aller Atomwaffen bis 2020 beschlossen werden kann.

Atomwaffenfrei - bei uns anfangen

Rund dreißig Organisationen aus der Friedensbewegung unterstützen die Kampagne der Bürgermeister. Sie wenden sich speziell an die Bundesregierung und den Bundestag mit der Forderung, die nukleare Teilhabe zu beenden und die USA zum Abzug ihrer Atomsprengköpfe aus Büchel aufzufordern.

Sie berufen sich dabei auch auf die **Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 8. Juli 1996, der die Androhung und den Gebrauch von Atomwaffen generell als Verstoß gegen das geltende Völkerrecht verurteilt** und die Atomwaffenstaaten aufgefordert hat, ernsthaft über die Abschaffung der Atomwaffen mit dem Ziel "Null" zu verhandeln und die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen.